

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telefax: 886 848 ppbn d
Telefax: 21 09 64

Inhalt

Dr. Christoph Zöpel
MdB zum deutsch-pol-
nischen Verhältnis:
Wann werden Grenzen
anachronistisch?

Seite 1

Prof. Dr. Uwe Holtz
MdB zu einem Hearing
im Deutschen Bun-
destag: Energie, Tech-
nologie und Dritte Welt.

Seite 4

Ulla Burchardt MdB zu
den jüngsten abfallpo-
litischen Äußerungen
des Umweltministers
Töpfer: "Weil nicht sein
kann, was nicht sein
darf".

Seite 5

46. Jahrgang / 204

24. Oktober 1991

Wann werden Grenzen anachronistisch? Zum deutsch-polnischen Verhältnis

Von Dr. Christoph Zöpel MdB

Wenn man sich unter der Perspektive "Zukunft" die deutsch-polnischen Verträge ansieht, so kann man zu der Frage kommen, ob sie nicht in sehr unterschiedliche historische Zusammenhänge gehören. Man kann fragen, ob der Grenzvertrag zwischen Polen und Deutschland nicht ein Vertrag aus dem Denken des 19. Jahrhunderts ist, als es um die Abgrenzung von Territorialstaaten und Nationalstaaten ging, und man kann fragen und hoffen, ob beziehungsweise daß der Nachbarschaftsvertrag ein Vertrag aus dem 21. Jahrhundert ist, der diese Nationalstaaten aufheben will in einer großen europäischen Union oder, wie es Sozialdemokraten seit ihrem Heidelberger Parteitag 1926 möchten, in den Vereinigten Staaten von Europa.

Wenn man sich für die Zukunftsperspektive entscheidet, kann man eine Hoffnung artikulieren: daß vielleicht schon bald dieser Grenzvertrag so etwas wie ein historischer Anachronismus ist, weil überflüssig.

Wenn das zuviel Zukunft ist, den bitte ich, diese Sache geschichtlich anzugehen, allerdings Geschichte nicht so zu verkürzen, wie wir das in vielen historischen Debatten der letzten Monate erlebt haben, sondern in der Geschichte so weit zurückzugehen, daß wir auch die Epochen in den Blick nehmen, die es gab, bevor es Nationalstaaten gab. In dieser Perspektive ist nämlich, das, was über das 21. Jahrhundert gesagt wird, nichts Neues, sondern es schließt an Älteres an, als es die Nationalstaaten sind.

Ich habe diese historischen Debatten der letzten Monate erlebt und sie haben mich teilweise geschmerzt, weil sie, wo nur der Nationalstaat betont wird, den Menschen in Europa einen Teil ihrer Identität nehmen, nämlich ihre europäische Identität, die es auch gibt. Dabei müßte diese eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Man erlebt sie in der bebauten Umwelt täglich. Alle Baustile, die wir bewundern, sind europäisch: die Romantik, die Gotik, die Renaissance, der Barock.

Da ich die Selbstverständlichkeit der bebauten Umwelt, die wir bewundern, erwähne, fällt mir natürlich ein, was wir in diesen Tagen erleben: daß eine Stadt großer europäischer Kultur, Dubrovnik, um vorgegeblicher nationaler Ziele willen beschossen und vielleicht zerstört wird.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Neben aller anderen Barbarei, die damit verbunden ist, ist dies auch eine Barbarei gegen europäische Identität.

Von Dubrovnik, die Hoffnung äußernd, daß es aufhört und daß das, was dort steht, stehen bleibt, darf ich assoziativ auch sagen: Warschau und - wiewohl man nichts völlig vergleichen kann und es Unterschiede gibt - Dresden. Vielleicht mag es nun wieder ein europäischer Trost sein, daß die Erinnerung an das Originale der baukulturellen Leistung in Warschau und Dresden von dem gleichen italienischen Maler festgehalten wurde, von Canaletto.

Europäische Identität in der bebauten Umwelt - wir erleben sie täglich, vielleicht so selbstverständlich, daß wir es nicht mehr wahrhaben wollen -, spiegelt sich aber natürlich auch in Biographien wider. Es ist für das deutsch-französische oder das englisch-deutsche Verhältnis selbstverständlicher, es wird im deutsch-polnischen Verhältnis seltener diskutiert. Aber ist es nicht schön, wenn sich Polen und Deutsche darüber streiten, zu welchem Volk Nikolai Koppernigk gehörte? Und ist es nicht vielleicht eine Lösung, wenn auch nicht für alle topographischen Bezeichnungen, daß als ein Ausweg aus diesem Streit ein lateinischer Name gewählt wurde, nämlich Nicolaus Copernicus? Ist nicht das vielleicht richtungsweisend, statt sich zuviel über den Gebrauch von Sprachen, der einen oder der anderen, zu streiten?

Da ich bei biographischen Fragen, bei biographischen Beispiele bin, will ich noch einen Namen nennen: Daniel Chodowiecki, ein bedeutender Zeichner und Kupferstecher, der Vater polnisch-katholischer Herkunft, die Mutter schweizerisch-calvinistischer, geboren in Danzig oder Gdansk, und später - das ist mir hier wichtig - Präsident der Königlich Preußischen Akademie der Künste.

Dabei fallen mir Preußen und unsere Geschichtsdebatten ein. Ich finde ja, man kann die preußischen Könige für alles mögliche verantwortlich machen und auch als Zeugen für alles mögliche heranziehen, nur nicht für den deutschen Nationalstaat.

Es ist eine europäische Dimension der deutschen Geschichte, daß sich die Kurfürsten von Brandenburg in einer Region Europas, die nicht zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gehörte, die Königskrone aufsetzten. Auch daran gilt zu erinnern.

Aber zurück zu Chodowiecki und dazu, warum ich ihn genannt habe. - Er ist einer der Menschen, der bekannteren Menschen polnischen Namens und polnischer Herkunft, die über Jahrzehnte und Jahrhunderte Deutschland mitgestaltet haben. Darüber ist in diesen Debatten aus meiner Sicht zu wenig gesprochen worden.

Als ein deutscher Staatsangehöriger, der sich europäisch fühlt und der jetzt sagt, daß er in Gleiwitz oder in Gliwice geboren wurde, erwähne ich, daß ich über 25 Jahre erfahren und erleben und jetzt dankbar würdigen darf, daß ich in das Ruhrgebiet integriert wurde. Ich halte die Integrationsleistung im Ruhrgebiet, aber auch in anderen Teilen Deutschlands - ich will das jetzt nicht unterschiedlich bewerten, man erlebt es nur in einem Teil selber - für undenkbar ohne das Mitwirken von Menschen mit polnischen Namen oder aus Polen. In der unpathetischen Weise, wie die Menschen im Ruhrgebiet es darstellen würden, nenne ich Szepan und Kuzorra und Libuda, den Flankengott, und Tilkowski und Kwiatkowski. Man könnte nun weitergehen. Ich habe fünf ausgesucht.

Wir können weitergehen in der Kommunalpolitik. Ich will hier nur einen nennen, den Oberbürgermeister, der dies im Ruhrgebiet am längsten war, Ernst Wilczok in Bottrop. Ich erwähnte diesen, weil er mir immer wieder gesagt hat: "In Bottrop, bei uns, da kann man die Heilige Messe noch in polnischer Sprache feiern." Alles dies ist deutsche Wirklichkeit, an die man sich erinnern muß.

Ich betone dies, weil ich möchte, daß das so weitergeht, daß sich Polen in Deutschland und Deutsche in Polen niederlassen können. Natürlich gab es Debatten: Paßt es in die derzeitige polnische Situation, wo man mit der Frage der Ausländer und Asylbewerber nicht fertig werden kann, auch noch zu fordern, Regelungen zu finden, daß sich Deutsche in Polen und Polen in Deutschland - hier gab es ja die Bedenken - niederlassen könne, und zwar bereits auf Grund von Regelungen, die den entsprechenden späteren Vereinbarungen, Assoziierungsabkommen und Beitrittsabkommen zur EG vorgeschaltet werden könnten? Ich möchte deutlich erklären: Ja, es ist nötig, denn Deutsche werden in Polen nur friedlich leben können, wenn Ausländer in Deutschland friedlich leben können.

Alles, was Diplomatie ausgehandelt hat - und ich glaube, die Leistungen der deutschen Diplomatie und des Außenministeriums und auch des Ministers sind anzuerkennen - nützt nichts, wenn Ausländer in Deutschland nicht friedlich leben können. Das Ganze geht weiter in der Frage: Wie werden wir mit der Völkerwanderung in unserem Kontinent fertig? Wir werden mit ihr nur fertig werden, wenn Ausländer in Deutschland friedlich leben können, wenn deshalb Deutsche in Polen friedlich leben können, wenn dann in der Folge mehr und mehr Menschen zu der Entscheidung kommen, sie brauchen gar nicht nach Deutschland zu kommen. Denn eigentlich wollen sie es ja gar nicht; sie würden gerne in Polen oder Rußland bleiben. Das ist die dritte Stufe einer solchen Politik, die wir in diesem Zusammenhang sehen müssen.

Eine Politik, bei der in der Folge des friedlichen Lebens von Ausländern in Deutschland Deutschstämmige im Ausland bleiben, ist wichtiger als alles, was wir über den Artikel 146 diskutieren.

Ich wiederhole: Der Erfolg der diplomatischen Verhandlungen hinsichtlich der Verbesserung des Status der Minderheiten wird davon abhängen, wie deutsche Ausländerpolitik und auch wie eine humane deutsche Asylpolitik aussehen. Er hängt noch von einigen anderen Dingen ab, die ich erwähnen will. Den Anlaß dazu gibt unter anderem eine Äußerung der CDU. Die Sprache der Diplomatie besticht dadurch, daß sie, um Menschen und Beteiligte nicht zu verletzen, manches verschleiert. Dies ist nicht immer so, sie kann auch die Wahrheit ausdrücken. Was ist eine "abschließende Geste"? Ich kann mir abschließende Gesten nicht vorstellen. Gesten sind ein Zeichen, wenn man noch nicht weiß, wie man endgültig handeln will. Wenn man ein Problem nicht gelöst hat, dann macht man eine Geste, um darüber hinwegzukommen. Der Sprachgebrauch "abschließende humanitäre Geste", der verräterisch ist, macht vieles zunichte, was erfolgreiche Diplomatie geleistet hat.

Ich möchte auf diejenigen eingehen, die für die Menschen sprechen, die vertrieben wurden, die deren Rechte artikulieren und Forderungen für sie stellen. Das ist legitim. Ich habe dazu zwei Bitten.

Die erste nimmt auf das Bezug, was ich schon erwähnt habe. Wer könnte bei uns in Deutschland am deutlichsten sagen, welchen Schaden die Verfolgung und die Diskriminierung von Ausländern anrichtet? Vielleicht könnten das am besten - das ist meine Bitte an die Vertriebenen-Verbände - diejenigen tun, die für die Rechte von Deutschen im Ausland streiten. Vielleicht wären die Vertriebenen-Verbände die berufensten, die heute laut ihre Stimmen erheben sollten, um zu sagen, welche Wirkungen das hat, was wir in deutschen Städten derzeit erleben.

Das zweite, was ich anführen möchte, ist eine Antwort. Die Abgeordneten, die in Schlesien oder in Pommern oder in anderen Gebieten, die früher zu Deutschland gehörten und jetzt zu Polen gehören, geboren sind, bekommen Briefe in denen sie aufgefordert werden, eine andere Haltung zu den Verträgen einzunehmen, als die Mehrheit hier. Ich habe mich in den 45 Jahren, in denen ich dieses Schicksal bewußt erleben, in Gleiwitz geboren und in Nordrhein-Westfalen aufgewachsen zu sein, damit beschäftigt: Meine Antwort ist: Diese entscheidende Ursache dieser Vertreibung - neben anderen - ist, daß Nationalismus in totalitären verbrecherischen Rassismus umgeschlagen ist und daß auf dem Wege des Festhaltens an der Dominanz nationaler Kategorien das Problem des Zusammenlebens von Deutschen und Polen, wo immer sie wollen, nicht zu lösen ist und daß dies nur in einer versöhnenden europäischen Lösung aufgehoben werden kann. Dazu muß hier der Beitrag geleistet werden.

Meine Folgerung, auch aus dem Überdenken meiner Biographie, ist: Das Bereinigen der Vergangenheit und das Suchen nach einer das Nationale überwindenden europäischen Lösung halte ich für die Verpflichtung eines Menschen, der in Gleiwitz geboren ist. Die Heimat bleibt einem, sie nimmt ja keiner weg, solange wir keine Atombomben einsetzen. Wir können sie sehen und besuchen, das wollen wir auch wieder. Aber es nützt nichts, Heimat mit nationalen Grenzbeziehungen in eine Verbindung zu bringen, die uns nicht weiterhelfen kann.

Damit bin ich bei Europa, das wir schnell schaffen müssen, damit auch Polen Mitglied einer europäischen Union werden kann. Zu diesem Denken über ein neues Europa will ich eine prinzipielle Bemerkung machen, die uns klar sein muß und die manche, die professionell über Europa diskutieren, so glaube ich, noch nicht so klar sehen. Wir haben uns bei dem Prozeß des Werdens der Europäischen Gemeinschaft daran gewöhnt, daß der schrittweise wirtschaftliche Angleichungsprozeß im Augenblick bis zum Binnenmarkt fortgeschritten ist und wir nun nach diesem erfolgreichen wirtschaftlichen Anglei-

chungsprozeß zu mehr und mehr europäischer Zusammenarbeit kommen können - bis hin zur politischen Union.

Dieses Denkmodell eignet sich nicht zur Hinführung Polens, der CSFR und Ungarns - um nur diese drei zu nennen - zu Europa. Wir müssen umdenken. Zuerst ist es nötig bereit zu sein, mehr an politischer Zusammenarbeit zwischen der EG und den neuen Staaten auf den Weg zu bringen. Die Assoziierungsabkommen können nur eine Begleitung sein, weil es natürlich wirtschaftliche Unterschiede gibt. Aber zu warten, bis über Assoziierungsabkommen die wirtschaftliche Angleichung so weit ist, daß dann die politische Zusammenarbeit folgen könnte, dies schiebt die politische Integration mit Polen, der CSFR und Ungarn - ich will nicht sagen - auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, aber weit ins nächste Jahrtausend.

Wenn wir über die wirtschaftliche Integration sprechen, will ich auf einen Punkt kommen, der einen schon besorgt macht, wenn er in Deutschland so laut artikuliert wird. Wir alle wissen, daß die westlichen Industriestaaten, vor allem wenn sie kleiner sind, aber selbst wenn sie so groß sind wie Deutschland, davon leben, daß sie exportieren können. "Der Exportweltmeister" - jetzt habe ich einmal ironisch eine nationale Kategorie angesprochen -, der wir sind, müßte doch als erstes darauf Wert legen, daß Polen in die Lage versetzt wird, mehr zu exportieren - der einzige Weg, diese Länder dauerhaft unabhängig von Zahlungen zu machen. Daß die Assoziierungsabkommen in dieser Frage lange gestockt haben, ist von daher fast schon tragisch. Wir müssen das lauter und deutlicher sagen, bevor wir uns in Details verlieren; dafür appelliere ich, auch wenn das hier Schmerzen bereitet.

Das ist auch die Frage im Zusammenhang mit den Unabhängigkeitsbestrebungen aller neuen Staaten in Osteuropa: Nur wenn sie exportfähig sind, können sie soviel importieren, um das westliche Wohlstandsniveau zu erreichen. Das ist einfache ökonomische Logik. Auf diesen Punkt möchte ich die Bemerkungen zur wirtschaftlichen Integration beschränken.

Ich möchte mit einer Hoffnung abschließen, die ich so formulieren will: Ich glaube, die deutsch-polnischen Verträge werden nur in einem Geist umgesetzt werden können, in dem sich Polen und Deutsche als multikulturelle Europäer fühlen. Wenn sie sich so fühlen, werden sie sich entscheiden können, wo sie - Deutsche und Polen - leben wollen: in Paris, Wien, Wilnius, Warschau, Berlin, Bonn oder Krakau.

(-/24. Oktober 1991/rs/fr)

Energie, Technologie und Dritte Welt **Zu einem Hearing im Deutschen Bundestag**

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit setzt auch 1991 seine bewährte Praxis öffentlicher Sachverständigenanhörungen fort. Am kommenden Montag, dem 28. Oktober 1991, wird der Ausschuß sich ganztägig mit der "Energiesituation in der Dritten Welt" beschäftigen und dabei besonders die Zukunftsaussichten für den Einsatz regenerativer Energien erörtern.

Bewußt wird in diesem Zusammenhang erneut auf den - politisch überholten - Begriff "Dritte Welt" zurückgegriffen, da die geographisch-klimatischen Besonderheiten des Südens eine spezifische Energiesituation zur Folge haben, die sich grundlegend von der des Westens wie auch von der des Ostens unterscheidet. Zum Beispiel weist Professor Goldemberg, der - an der Teilnahme leider verhinderte brasilianische Minister für Wissenschaft und Technologie - in seiner schriftlichen Stellungnahme darauf hin, daß in den Industrieländern die wichtige erneuerbare Energiequelle "Biomasse" nur marginal, nämlich zu drei Prozent, zur Primärenergienutzung beiträgt, in den Entwicklungsländern jedoch in einem sehr wesentlichen Umfang, nämlich zu 36 Prozent.

Dieses Beispiel mag verdeutlichen, daß der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht beabsichtigt, global oder pauschal Probleme der Energieversorgung zu erörtern. Unser erkenntnisleitendes Interesse ist vielmehr den spezifischen Bedürfnissen der Entwicklungsländer gewidmet, die bei der Sicherung ihrer Energieversorgung von sehr spezifischen Problemen stehen. Die Art und Weise, wie die

Länder des Südens dieses Problem lösen, - umweltschonend oder umweltschädigend, Raubbau betreibend oder die Ressourcen schonend -, hat allerdings kaum zu überschätzende Bedeutung für die Zukunftsaussichten des Nordens. Folgt man blindlings den traditionellen Verhaltensweisen der Industrieländer, wären unsere gemeinsamen Zukunftsaussichten katastrophal.

Entwicklungspolitik verfolgt daher auch das Ziel, dazu beizutragen, daß Energie in den Entwicklungsländern auf umweltverträgliche Weise bereitgestellt und auf umweltschonende Weise genutzt wird. Die Nutzung erneuerbarer Energiequellen, also die Energieerzeugung aus Biomasse, Wasserkraft, Meereswärme, Erdwärme, Sonne und Wind, hat dabei häufig das Versuchsstadium schon weit hinter sich gelassen und nachgewiesen, daß sie in beachtlicher Weise zur Energieversorgung beizutragen vermag. Auszuloten, an welcher Stelle in diesem Prozeß wir uns befinden, und auf welche Weise Entwicklungspolitik weitere Schritte zum wirtschaftlichen Einsatz regenerativer Energien zusätzlich fördern kann, wird ein Schwerpunkt unserer Fragestellung sein.

Der den Experten übersandte Fragenkatalog stellt es den Teilnehmer frei, aus insgesamt 55 Fragen, auf die sich eine interfraktionelle Ausschuß-Arbeitsgruppe verständigt hatte, die jeweils wichtigsten auszuwählen und zu beantworten. Themenbereiche sind - jeweils bezogen auf Entwicklungsländer -:

- Erfahrungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit der Förderung erneuerbarer Energien,
- Wirtschaftlichkeit von Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien,
- Beitrag erneuerbarer Energien zur Energie- und Umweltbilanz insgesamt,
- administrative und sonstige Hemmnisse einer sicheren Energieversorgung,
- ökologische Folgen einer unveränderten Energieversorgungsstrategie, sowie
- Möglichkeiten zur Energieeinsparung.

Dankenswerterweise hat erneut eine Reihe international angesehener Experten ihre Bereitschaft erklärt, sich der öffentlichen Anhörung zu stellen.

(-/24. Oktober 1991/rs/fr)

"Weil nicht sein kann, was nicht sein darf"

Zu den jüngsten abfallpolitischen Äußerungen des Umweltministers Töpfer

Von Ulla Burchardt MdB

Was Fachleute schon lange wissen, will nicht in den Kopf des Bundesumweltministers: Die in der Verpackungsverordnung vorgesehenen Quoten für die stoffliche Verwertung von Plastikmüll sind ohne eine Kennzeichnungspflicht von Kunststoffen und neue Recyclingtechniken auf absehbare Zeit nicht realisierbar. Die Kunststoffhersteller fordern schon wieder die Zulassung der Verbrennung als eine dem Recycling gleichwertige Entsorgung. Nach dem Motto "Weil nicht sein kann, was nicht sein darf" erklärte Minister Töpfer aber in der jüngsten abfallpolitischen Parlamentsdebatte vollmundig: "Die Verpackungsverordnung haben wir umgesetzt".

Die Wirklichkeit der Verwertung von Kunststoffen sieht anders aus:

Wie eine vor kurzem vorgestellte Studie des Verpackungswissenschaftlers Dieter Berndt von der Technischen Fachhochschule Berlin verdeutlicht, kann die bundesdeutsche Industrie gegenwärtig jährlich 10.000 Tonnen Kunststoff-Verpackungen recyceln. Nach der Verpackungsverordnung müßte diese Menge bis 1993 auf 94.500 und bis zur Jahresmitte 1995 auf 672.000 Tonnen gesteigert werden. Dieser Zuwachs ist nach Aussage der Berliner Verpackungsexperten nicht möglich.

Auch die von Töpfer viel bemühte neue Produktverantwortung ist noch nicht absehbar.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Recyclingtechnik verwandeln sich Joghurtbecher oder Einwegflaschen überwiegend in Blumenkübel oder Lärmschutzwände. Der Plastikmüll wird bestenfalls in neuen Sitzbänken geparkt. Nicht hochwertige Rohstoffe werden zurückgewonnen, dafür verlagert der Recyclingprozeß aber vorhandene Schadstoffe in das nächste Produkt.

Immer zahlreichere und neu gemischte Zusätze zur Haltbarkeit der Kunststoffe, Oberflächenbehandlungen, bromhaltige Beschichtungen erhöhen nicht nur den Schadstoffgehalt, sie machen auch eine stoffliche Verwertung der Produkte unmöglich.

Kunststoffe lassen sich nur bei einem sehr hohen Reinheitsgrad zu einem neuen hochwertigen Kunststoff recyceln. Um diesen Reinheitsgrad zu erreichen, fehlen noch immer die Kennzeichnungspflicht für verwendete Substanzen und Sortierungstechniken, die Wirtschaftlichkeit garantieren können.

Zwar sind neue Recyclingtechniken absehbar, ihre Erfolge werden durch neue Verfahrenstechniken und die weitere Werkstoffentwicklung erneut in Frage gestellt.

Ignoranz und Rhetorik ersetzen offensichtlich keine vorausschauende Umwelt- und Forschungspolitik.

Um die Versäumnisse der letzten Jahre auszugleichen, brauchen wir

- die Kennzeichnungspflicht für Kunststoffe,
- Stoffverbote, unter anderem das Verbot von PCV für Verpackungen,
- eindeutige Regelungen zum Ausbau der Mehrwegsysteme,
- kurzfristige den Ausbau der Forschungsförderung für umweltverträgliche Recyclingtechniken.

Da die Grenzen der traditionellen Recyclingwirtschaft jedoch absehbar sind, müssen in Politik und Wirtschaft die Anstrengungen für eine Umwandlung der Verschwendungswirtschaft in eine ökologische Kreislaufwirtschaft erhöht werden: Anzustreben sind Produkte und Produktionsverfahren, die die Umwelt und natürlich Ressourcen nicht belasten, die nicht mehr Rohstoffe und Energie verbrauchen als in angemessener Zeit regenerierbar sind. Es dürfen keine Abfälle hinterlassen werden, die nicht natürlich abbaubar oder schädlich sind. Ganz werden diese Vorgaben für eine Kreislaufwirtschaft nicht erreicht werden können. Umwelt- und Forschungspolitik müssen sich jedoch Ziele setzen, die über den jeweils nächsten Wahltermin hinausreichen.

Wir brauchen eine Umweltpolitik, die durch klare Vorgaben auf Abfallvermeidung, Ressourcenschonung und Umweltverträglichkeit setzt.

Wir brauchen eine Forschungspolitik, die den Umweltschutz als integriertes Leitprinzip in der Erforschung und Entwicklung neuer Technologien, Produkte und Produktionsverfahren greift.

Wir brauchen eine Politik, die in den ökologischen Umbau des Industriesystems einsteigt.

(/24. Oktober 1991/rs/fr)
